



**Stellungnahme des Verbands Kinderreicher Familien
zur Anhörung im Sozialpolitischen Ausschuss
des Landtages Rheinland-Pfalz**

17. Januar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Einladung des sozialpolitischen Ausschusses. Gerne möchte ich aus Sicht der kinderreichen Familien zum Thema Kinder- und Jugendarmut in Rheinland-Pfalz Stellung beziehen.

Unser Verband wurde 2011 gegründet und hat bundesweit etwa 24 000 Mitglieder - (Eltern mit Kindern).

Wir vertreten die Interessen der Familien, die drei und mehr Kinder haben und somit als „kinderreich“ gelten.

Wie Sie wissen, sind es **nicht in erster Linie die einkommensschwachen Familien**, die viele Kinder bekommen. Sondern umgekehrt: **kinderreiche Familie haben finanziell enorme Herausforderungen zu schultern.**

Wenig bekannt ist, dass unter den kinderreichen Familien Eltern mit einem Hochschulabschluss überrepräsentiert sind. Ebenso interessant ist, dass fast 50 Prozent der kinderreichen Familien im Transferbezug erwerbstätig sind. Vor allem der Mittelstand gerät hier zunehmend unter Druck.

Gerade ab dem dritten Kind steigt das Armutsrisiko signifikant an. Salopp gesagt: Nicht Arme bekommen Kinder, sondern Kinderreiche werden arm.

Oder:

Familien, die **reich** an Kindern sind, sind **arm** in finanzieller Hinsicht.

Die jüngste Studie zum Thema Kinderarmut der Bertelsmannstudie hat deutlich gezeigt, dass es vor allem kinderreiche Familien sind, die von Armut bedroht sind. Auch bei den Alleinerziehenden sind es in hoher Zahl diejenigen mit drei und mehr Kindern, die von Armut betroffen sind.

Die Studie Familie 2030 des Prognos Instituts hat jüngst nachgezeichnet, wie sich die Armutsgefährdungsquote für die Familienformen darstellt. Glücklicherweise ist die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden in den vergangenen Jahren



zurückgegangen. Für die Kinderreichen ist sie jedoch leider in den vergangenen Jahren weiter angestiegen und liegt nun bei 22 Prozent bei kinderreichen Paaren. Die Zahlen für kinderreiche Alleinerziehende wurden leider nicht separat ausgewiesen.

Warum ist das so?

- Die **familienpolitischen Leistungen** sind in erster Linie die Rückzahlung zu viel geleisteter Steuern und keine Förderung. Das trifft für den Kinderfreibetrag als auch in hohem Maße für das Kindergeld zu.
- Die sogenannte **kostenlose Mitversicherung** von Kindern in der gesetzlichen Krankenversicherung ist **für Familien gerade nicht kostenlos**. Denn bei der Lohnsteuer wird das steuerfreie Existenzminimum der Kinder zwar abgezogen. Bei der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge wird das steuerfreie Existenzminimum der Kinder **nicht** beachtet. Das bedeutet, vom Existenzminimum der Kinder werden die Sozialbeiträge, also auch die Krankenkassenbeiträge, abgezogen. Berechnungen des Familienbundes der Katholiken haben zudem nachgewiesen, dass die Krankenkosten der Kinder durch die Beiträge der Familien selbst gedeckt werden.
- Familien leiden besonders unter den **Verbrauchssteuern**. Die Mehrwertsteuer ist in den vergangenen Jahren signifikant gestiegen. Gerade kinderreiche Familien geben einen überproportionalen Anteil ihres Einkommens für den Konsum aus (Lebensmittel, Bekleidung etc.). Daher steigt ihr Steueraufkommen deutlich stärker als das von Kinderlosen oder kleinen Familien.
- Kinderreiche fallen aus dem Blickpunkt von **Wirtschaft und Handel**. Es werden zunehmend kleinformatische aber teurer werdende Produkte angeboten, Rabatte auf den Kauf mehrerer gleicher Produkte, wie er in Schweden oder Italien beispielsweise üblich ist, gibt es in Deutschland kaum.
- Kinderreiche Familien leisten bereits einen immensen **generativen Beitrag** zur Stabilisierung der **Rentenversicherung**. Dieser Beitrag wird jedoch kaum berücksichtigt. Weitere geforderte private Vorsorgen sind für Familien mit mehreren Kindern kaum zu leisten.
- Kinderreiche Familien wenden deutlich mehr Zeit für **Erziehung und Betreuung** auf. Das führt dazu, dass die mittlerweile geforderte „**vollzeitnahe**“ **Erwerbstätigkeit** beider Partner an der Lebenswirklichkeit von kinderreichen Familien vorbei geht. Das führt dazu, dass sie zunehmend von familienpolitischen Maßnahmen kaum mehr profitieren (Elterngeld) und keine zielgenau auf sie zutreffenden Maßnahmen angeboten werden. Stattdessen braucht es wie im Falle der Alleinerziehenden spezielle familienpolitische



Maßnahmen für Kinderreiche.

Uns allen ist klar, dass unsere Gesellschaft Kinder braucht. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, ist die Investition in Kinder bzw. deren Familien – insbesondere kinderreiche Familien - ein ganz wesentliches politisches Instrument.

Hierbei geht es nicht nur um finanzielle Entlastung sondern auch um gesellschaftliches und politisches Umdenken.

Beispielhaft möchte ich dies an vier Punkten verdeutlichen:

1. Erwerbssituation - Wiedereingliederung in die Berufstätigkeit
2. Bildungsangebote
3. Wohnraum
4. Armuts-Gefährdung

1. Erwerbssituation - Wiedereingliederung in die Berufstätigkeit

Die berufliche Entwicklung oder auch „Karriere“ wird durch eine erhöhte Kinderzahl und damit verbundene langjährige Erziehungszeiten deutlich erschwert.

Viele Mütter verzichten lange Zeit **ganz** auf ihre Erwerbstätigkeit oder arbeiten - trotz zum Teil hoher Qualifikation - nur in geringem Umfang.

Hier fehlt es auf dem Arbeitsmarkt an passenden Angeboten, die dem Grundsatz folgen, **dass Familien nicht marktgerecht, sondern der Markt familiengerecht** werden muss.

Deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, dass

- a) Mütter bzw. Väter, die aufgrund der Erziehung ihrer Kinder längere Zeit aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden, **Anerkennung für diese Erziehungszeit** erhalten (z.B. über den Rentenausgleich)
- b) Müttern bzw. Vätern der **berufliche Wiedereinstieg** nach einer längeren Erziehungsauszeit **erleichtert wird** - dies vor allem auch im Hinblick auf die Bedürfnisse der Familien (Beispiel: öffentlicher Dienst, gestaffelte Stundenzahlen, flexible Arbeitszeitmodelle). Denn Mütter verdummen nicht in der Elternzeit, sondern erwerben auch **zusätzliche Kompetenzen** (Betreuung, Ehrenamtsarbeit, Erziehung, Koordination des Familienlebens etc.), die es ebenfalls zu beachten, zu fördern und zu respektieren gilt.



2. Bildungsangebote

Paare mit einem oder zwei Kindern verfügen häufiger über zwei Gehälter und haben damit mehr finanzielle Mittel, um ihren Kindern Zugang zu den verschiedenen Bildungsangeboten zu ermöglichen.

Für Paare mit drei und mehr Kindern können zusätzliche Bildungs- und Kulturangebote zu einer erheblichen Belastung werden, wenn die Kosten- und Eintrittspreisgestaltung große Familien nicht in die Planungen mit einbeziehen.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass

- Eintrittspreise in Museen, Schwimmbädern, bzw. Beiträge für Musikschulen oder Sportvereine die Bedürfnisse von großen Familien berücksichtigen (z.B. Familienkarten, die nicht nur zwei oder drei Kinder einschließen)
- Mehrkindfamilien auch bei der Beförderung in öffentlichen Verkehrsmitteln über Familienkarten berücksichtigt werden (zur Information: derzeit müssen für Kinder reguläre Fahrscheine gekauft werden - egal wie viele Kinder zur Familie gehören, davon ausgenommen sind Familien, die Sozialleistungen empfangen. Der Erwachsenenpreis muss oftmals bereits ab 12, 14 oder 16 Jahren – je nach Verkehrsgesellschaft – bezahlt werden)

3. Wohnsituation:

Familien mit drei und mehr Kindern haben große Schwierigkeiten, Wohnraum zu finden. Der Immobilienmarkt ist insgesamt sehr schwierig. Er wird zusätzlich für Kinderreiche verschärft, da auf dem Wohnungsmarkt kaum mehr größere Wohnungen angeboten werden. Deshalb leben diese Familien einerseits sehr beengt und werden zusätzlich oft auch diskriminiert.

Die finanziellen Mittel von Mehrkindfamilien reichen oft nicht aus, größere Wohnungen oder gar Häuser zu mieten. Die Alternative, ein Haus zu erwerben, können sich Familien mit Kindern meist nicht leisten oder aber die damit verbundenen Kosten sind über Jahre extrem belastend und in einigen Fällen auch existenzbedrohend.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass

- a) die Bedürfnisse kinderreicher Familien in Bezug auf Wohnraum (Größe, staatliche Förderung) berücksichtigt werden.
- b) Es ist begrüßenswert, dass aktuell neue Wohnraumförderprogramme für Familien diskutiert werden. Sie sind mehr als notwendig.



- c) Problematisch ist aus unserer Sicht, dass die bundesweit diskutierten Wohnraumförderprogramme in ihrer maximalen Fördersumme alle gedeckelt werden sollen. Es ist aber ein Unterschied, ob ich als vierköpfige Familie ein 120 m² Haus kaufe oder als sieben köpfige Familie ein Haus von 160m² und mehr brauche. Wieso soll hier die staatliche Förderung an einem gewissen Punkt enden? Sind die vierten bis siebte Kinder weniger Wert als erste und zweite Kinder?
- d) Es ist zu begrüßen, dass das Wohnraumförderprogramm des Landes nun die Förderhöchstsumme ab dem dritten Kind weiter ansteigen lässt.
- e) Interessant finden wir den Vorschlag, die **Grunderwerbssteuer** um eine **Kinderkomponente zu ergänzen**. Für jedes Kind könnte eine Reduzierung der Steuer gewährt werden. Denn es ist ein Unterschied, ob eine Immobilie als Invest-Anlage oder als Heim für eine Familie erworben wird.

4. Armuts-Gefährdung:

Eltern von drei und mehr Kindern haben aufgrund der vergleichsweise weit höheren finanziellen Abgaben (Miete, Vereinsbeiträge, Mehrwertsteuer, Verbrauchsgüter et.) und ihrer eingeschränkte Erwerbsbeteiligung kaum Möglichkeiten, Geld anzusparen.

Bevor sie an ihre eigene Altersvorsorge denken können, investieren Sie in die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder - und müssen während dieser Zeit dennoch stets mit finanziellen Einschränkungen leben.

Gleichzeitig leisten sie durch die Erziehung ihrer Kinder einen unschätzbaren Beitrag für die Gemeinschaft. Dieser Beitrag wird jedoch in unzureichendem Maße honoriert und anerkannt.

Daher braucht es ein Steuer- und Abgabenmodell, das die Kinder stärker berücksichtigt und von Beiträgen befreit.

Unsere Beobachtungen bestätigen, dass mit zunehmender Kinderzahl gleichzeitig das Armutsrisiko wächst. Das ist ein fatales Signal!

Gerade aus der Sicht kinderreicher Familien, ist die familienpolitische Fokussierung allein auf noch mehr staatlicher Betreuung der falsche Ansatz. Wir brauchen beides: Gute Betreuungsmöglichkeiten aber auch passgenaue Hilfen für Familien, die keine Almosen, sondern eine Honorierung ihrer Leistungen widerspiegeln.

Daher fordern wir, dass die Bedürfnisse von Mehrkindfamilien von der Politik stärker in den Blick genommen werden müssen.